

## Beschlussempfehlung

Hannover, den 26.05.2021

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

### **EU-Mercosur-Handelsabkommen stoppen: Regenwald, Klima und europäische Landwirtschaft schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4485

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

#### Entschließung

### **Durch Freihandel zu mehr Wohlstand und einer Verbesserung des internationalen Umweltschutzes**

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land und in diesem Bereich von Importen abhängig. Trotz dieser Import-Abhängigkeit ist die deutsche Wirtschaft stark exportorientiert. Die Importe sowie Exporte Deutschlands nahmen in den letzten zehn Jahren stark zu. Deutschland exportierte allein im Jahr 2019 Waren im Gesamtwert von 1 328 Milliarden Euro und importierte im Gegenzug Waren im Wert von 1 105 Milliarden Euro. Das entspricht einem Exportüberschuss von ca. 223 Milliarden Euro. Die Bedeutung des Exports für die deutsche Wirtschaft spiegelt sich im Arbeitsmarkt wider. Rund jeder vierte Arbeitsplatz hängt laut dem Statistischen Bundesamt vom Export ab. Die Exportabhängigkeit zeigt sich auch auf dem deutschen Agrarmarkt, mit 73,3 Milliarden Euro belegte Deutschland Platz drei der wichtigsten internationalen Agrarexportländer. Die Agrarexporte sind somit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Deutschland und von großer Bedeutung für die 4,6 Millionen Beschäftigten in der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Innerhalb der Europäischen Union sind 31 Millionen Arbeitsplätze exportabhängig. Für den Wohlstand der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist der freie und offene Welthandel daher von besonderer Relevanz. Freihandelsabkommen verbessern die Export- und Importbedingungen und tragen somit maßgeblich zur Förderung des Wohlstands in der Europäischen Union bei.

Das Freihandelsabkommen Mercosur (Mercado Común del Sur) ist ein gemeinsamer Markt, welcher 1991 als regionale lateinamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet wurde. Am 28.06.2019 haben die Europäische Union und die Mercosur-Staaten eine politische Grundsatzvereinbarung zu den bereits im Jahr 2000 begonnenen Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen erzielt, welches Teil eines umfassenden Assoziierungsabkommens ist.

Das Abkommen wird einzelnen Sektoren der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie, vor allem Milchprodukten und verarbeiteten Lebensmitteln (Süßwaren, Wein & Spirituosen), einen privilegierten Zugang auf den bisher stark abgeschotteten Markt der MRC-Staaten ermöglichen. Hierbei ist eine Liberalisierung der einzelnen Warenbereiche vorgesehen, welche für die deutsche Wirtschaft von bedeutendem Exportinteresse sind. Milch und Milchprodukte sollen im Rahmen von zollfreien Quoten liberalisiert werden. Für Wein und Spirituosen, Malz, Kartoffeln und frisches Obst sowie Schokolade erhält die EU einen zoll- und quotenfreien Marktzugang.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. sich über den Bund auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die im Freihandelsabkommen Mercosur benannten handelspolitischen Schutzinstrumente der Welthandelsorganisation konsequent Anwendung finden,
2. sich über den Bund auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass auch im Zuge des Freihandelsabkommens Mercosur die hohen Lebensmittelstandards zum Verbraucherschutz, das Vorsorgeprinzip und die Rückstandshöchstgehalte der EU konsequent eingehalten und angewandt werden,
3. sich über den Bund auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die verbindlichen Regelungen im Nachhaltigkeitskapitel des Mercosur-Abkommens konsequent umgesetzt werden,
4. sich über den Bund auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, die im Mercosur-Abkommen festgehaltene Aufforstung von zwölf Millionen Hektar Wald zeitnah gezielt umzusetzen und darauf hinzuwirken, dass die Rodung des Regenwaldes zur Steigerung der Agrarproduktion unterlassen wird,
5. sich über den Bund auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen des Mercosur-Abkommens die EU-Standards zum Tierschutz und Tierwohl, zum Gesundheits- und Verbraucherschutz sowie die europäischen Arbeits-, Umwelt- und Klimastandards im Ausland verbindlich eingehalten werden,
6. sich über den Bund auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die angekündigten Quoten für Agrarprodukte eingehalten werden und die geringfügige Öffnung des EU-Markts für Agrarprodukte der MRC-Staaten beibehalten wird,
7. regionale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten in Niedersachsen für landwirtschaftliche Produkte auszubauen.

Hermann Grupe  
Vorsitzender

(Verteilt am 27.05.2021)